

Ihre Gesprächspartner:innen

Andreas Stangl

Andrea Heimberger, MSc

Präsident der AK Oberösterreich

Direktorin der AK Oberösterreich

**Für eine Politik, die den Menschen Sicherheit gibt:  
Forderungen der AK OÖ an die zukünftige Bundesregierung**

Pressekonferenz

Montag, 2. September 2024, 10:00 Uhr

Arbeiterkammer Linz

**Für eine Politik, die den Menschen Sicherheit gibt.**

Am 29. September wählen die Österreicher:innen eine neue Bundesregierung. Die Arbeiterkammer Oberösterreich kennt die Sorgen und Anliegen unserer Mitglieder und hat viele gute Vorschläge für eine Politik, mit der die nächsten Bundesregierung die Zuversicht, Stabilität und soziale Sicherheit der Menschen stärken kann.

Wachsende Ungleichheit, eine historische Teuerung, die besonders unverzichtbare Güter wie Wohnen, Energie und Lebensmittel betrifft, Wirtschaftsflaute, steigende Arbeitslosigkeit sowie spürbare Versäumnisse im Gesundheits- und im Bildungssystem verunsichern die Arbeitnehmer:innen und erfordern neue politische Ansätze.

### **Faire und gerechte Steuern – für die soziale Sicherheit im Land**

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanzieren den größten Teil der Steuereinnahmen in Österreich: Rund 55 Prozent machen die Lohnabgaben aus. Weitere 22 Prozent sind Steuern auf Konsum. Zusammen kommen fast 80 von 100 Steuer-Euros von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen. Unternehmen und Vermögende tragen nicht einmal 20 von 100 Steuereuros bei. Kaum mehr als einer davon stammt aus vermögensbezogenen Abgaben.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- Schieflage im Steuersystem reduzieren: Steuern auf Arbeit müssen gesenkt und im Gegenzug Steuerbeiträge von Vermögen erhöht werden – zum Beispiel durch eine Millionärssteuer auf Nettovermögen von mehr als einer Million Euro und eine Erbschafts- und Schenkungssteuer für Erbschaften und Schenkungen ab einer Million Euro
- Rücknahme der Senkungen der Gewinnsteuer (Körperschaftssteuer) für Unternehmen.
- Kampf gegen internationale Steuertricks samt Ausweitung der globalen Mindeststeuer, damit die großen multinationalen Unternehmen und Online-Konzerne endlich einen fairen Beitrag leisten und der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Staaten weiter reduziert wird
- keine pauschale Senkung der Abgabenquote, sondern eine sozial ausgewogene Gegenfinanzierung jeder Steuerreform, um Einschnitte im Wohlfahrtsstaat zu verhindern

- Nein zu Kürzungen von Beiträgen, die Arbeitgeber für die soziale Sicherheit im Land abzuführen haben. Daher Rücknahme der Kürzungen der Beiträge für die Unfall- und Arbeitslosenversicherung

### **Leistbares Wohnen sicherstellen**

Die Wohnkosten steigen und steigen! Daten der Statistik Austria zeigen, dass 2023 bereits 29 Prozent der Haushalte dadurch finanziell schwer belastet waren.

Gegenüber 2021 stieg der Anteil der Haushalte mit starker Wohnkostenbelastung um 16 Prozentpunkte! Lagen die Wohnbauförderungsausgaben der öffentlichen Hand noch nach der Jahrtausendwende bei jährlich bis zu 3 Milliarden Euro bzw. 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sind sie bis 2022 auf unter 1,9 Milliarden Euro und somit auf rund 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gefallen.

Laut AK-Wohnzufriedenheitsindex liegt die Zufriedenheit mit der Leistbarkeit des Wohnens bei nur 63 von 100 möglichen Punkten und damit im kritischen Bereich. Neben eklatant hohen Mieten schnellen auch die Kosten für Wohnen im Eigentum in die Höhe. Statt Häuslbauer und Sanierer zu entlasten, hat die Regierung die Abschreibungsmöglichkeit von Ausgaben für Wohnraumschaffung und -sanierung bei den Arbeitnehmerveranlagungen ab dem Jahr 2021 abgeschafft.

2023 war jeder zweite private Mietvertrag befristet. Das bringt Mieter:innen unter Druck. Bei jedem Auslaufen eines befristeten Vertrages können Vermieter:innen die Miete erhöhen und tun das auch in vielen Fällen. Akzeptieren Mieter:innen das nicht, müssen sie sich eine neue Wohnung suchen.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- ein Mietpreisdeckel, der sicherstellt, dass Mieten nur einmal pro Jahr um höchstens 2 zwei Prozent angehoben werden können – auch im privaten Sektor
- Öffentliche Wohnbaufördermittel auf mindestens ein Prozent des BIP ausweiten
- AK-Wohnbonus von 800 Euro als Steuergutschrift für alle Arbeitnehmer:innen
- Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbaufördermittel und Wiedereinführung der Zweckwidmung der Rückflüsse aus den Wohnbaurdarlehen
- Eindämmung befristeter Mietverhältnisse. Immobilienkonzerne und andere große Vermieter:innen sollen gar nicht mehr und Privatpersonen maximal eine Wohnung befristet vermieten dürfen. Wenn es Mietrückstände oder einen

echten Eigenbedarf gibt, stehen schon jetzt ausreichende Kündigungsmöglichkeiten zur Verfügung

- Entwicklung einer bundesweit einheitlichen Methodik zur Erfassung von Leerständen

### **Inflation wirksam bekämpfen!**

In der seit Herbst 2021 rollenden Teuerungswelle konnten viele Unternehmen zwei Jahre lang ihre Gewinnmargen sogar steigern und haben dadurch die ohnehin schon profitgetriebene Inflation weiter angeheizt.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- Preisdeckel auf Mieten und Energie
- Übergewinnsteuer auf den Bereich der Finanzwirtschaft ausdehnen

### **Arbeitsmarkt, Bildung und Transformation brauchen strategische Zukunftsplanung**

Die Arbeitslosigkeit steigt – ganz besonders betroffen sind junge Menschen, Menschen mit Gesundheitsproblemen und Ältere. Die notwendige Treibhausgasreduktion und die Digitalisierung der Wirtschaft stellen hohe Anforderungen an die Arbeitnehmer:innen – im Industriebundesland Oberösterreich besonders herausfordernd. Weiterbildung ist ein wesentlicher Hebel zur Qualifikation von Fachkräften. Auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, den Wegfall alter und die Entstehung neuer Berufsbilder muss mit einer wirksamen Weiterbildungsstrategie reagiert werden. Stattdessen sind in den nächsten Jahren deutliche Kürzungen des AMS-Budgets geplant. Massive Teuerung in Kombination mit der Nichtvalorisierung des Arbeitslosengeldes treibt Arbeitslose in die Armut. Der Familienzuschlag wurde seit über 20 Jahren (!) nicht angepasst.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- eine politische (Industrie-)Strategie und strategische öffentliche Investitionsprogramme, für Infrastruktur, Ressourcen, Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt und Regionalpolitik die gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeitet werden
- Bei der sozial-ökologischen und digitalen Transformation müssen Kosten, Risiken und Lasten fair verteilt werden. Große öffentliche Förderungen müssen an

Bedingungen an die Unternehmen geknüpft werden, die über eine Standortgarantie hinausgehen

- Arbeitslosengeld: Anhebung der Nettoersatzrate auf mindestens 70 Prozent des Letztbezugs und Erhöhung des Familienzuschlags auf mindestens zwei Euro pro Tag und Kind bzw. pro finanziell abhängigem Familienmitglied
- Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Schaffung eines umfassenden Qualifizierungsgeldes, das Arbeitslosen und weiterbildungswilligen Arbeitnehmer:innen auch länger dauernde Aus- und Weiterbildungen ermöglicht.
- kostenfreies Nachholen von Lehrabschlüssen sowie Übernahme der Kosten für die am zweiten Bildungsweg anfallenden Prüfungsgebühren.
- kostenlose, qualitätsgesicherte Kompetenzfeststellung und bundesweite Umsetzung des erfolgreichen Sozialpartner-Modells „Du kannst was!“ zur Anerkennung von im Berufsleben erworbenen Kompetenzen auf einen Lehrabschluss
- gute Betreuung/Beratung durch das AMS und attraktive Jobangebote für Arbeitssuchende statt Druck und Sanktionen. Eine Jobgarantie, um niemanden zurückzulassen
- Erhalt der Altersteilzeit in Block- und Gleitvariante und keine Einschränkungen bei der Bildungskarenz

### **Berufliche Erstausbildung stärken!**

- Betriebliche Lehrstellenförderung effizienter gestalten: Mitnahmeeffekte minimieren, Ausbildungsqualität verbessern und die Fördermittel gerechter verteilen. Anreize für Ausbildungsbetriebe, lernschwachen Jugendlichen eine Chance zu geben
- Schaffung einer gesetzlichen Basis zur Durchführung regelmäßiger Audits bei den Ausbildungsbetrieben, um eine qualitativ hochwertige Lehrausbildung sicherzustellen
- flächendeckende Teilprüfungen in den Lehrberufen zur Mitte der Lehrzeit, um den Ausbildungsstand bereits vor der Lehrabschlussprüfung zu erheben und die Abschlussrate zu erhöhen
- Rücknahme der Kürzung der Ausbildungsbeihilfe in überbetrieblichen Lehrausbildungen. Derzeit erhalten die Jugendlichen statt 890,70 Euro im ersten

und zweiten Lehrjahr nur 385,50 Euro zwölfmal pro Jahr und keine Sonderzahlung.

### **Kinderbildung zur Priorität machen!**

Frühe Förderung der Kinder ist wesentlich für künftige Lebenschancen. In Oberösterreich gibt es derzeit aber nicht genug Plätze, um allen Kindern frühkindliche Bildung zu ermöglichen.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- kostenlose, qualitätsvolle institutionelle Kinderbildungs- und -betreuung ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I.
- Verbesserung der Sprachförderung im Kindergarten
- eine Ausbildungsinitiative, in der Kinderbildung und -betreuung, um fehlendes Personal rasch besetzen zu können
- mindestens ein Prozent des BIP in die elementare Bildung investieren
- ein bundesweit einheitlicher Qualitätsrahmenplan für Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen

### **Gemeinsame und ganztägige Schule forcieren!**

Unser Schulsystem schafft es nicht, unsere Kinder und Jugendlichen ausreichend zu fördern: Derzeit haben rund 25 Prozent der jungen Menschen am Ende der Pflichtschulzeit keine ausreichenden Kompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- gemeinsame Schule für alle 6- bis 15-Jährigen
- gerechte und transparente Schulfinanzierung nach dem AK-Chancen-Index
- sozial gerechtere Gestaltung der Schul- und Heimbeihilfen
- kostenlose schulische Förderung für alle, die sie brauchen
- Schulfonds zur Unterstützung für Schulveranstaltungen, Exkursionen etc.
- rasche Erweiterung der Kapazitäten des kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene
- ein flächendeckendes, gebührenfreies Angebot an Ganztagschulen, vor allem in einer Form, in der Lernen, Freizeit, Üben und Bewegung einander abwechseln

### **Für eine expansive Hochschulpolitik!**

In hoch entwickelten Gesellschaften ist ein gut ausgebautes, öffentlich finanziertes Hochschulsystem, dessen Zugang nicht vom sozialen Hintergrund abhängt, von enormer Bedeutung.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- sozial gerechte Gestaltung der Studienbeihilfe
- ausreichende Anzahl an Studienplätzen sowie ausreichende Finanzierung der Universitäten und Hochschulen aus öffentlichen Mitteln
- Ausbau der Fachhochschulplätze in Österreich und vor allem auch in Oberösterreich
- besondere Berücksichtigung berufstätiger Studierender bei der Mittelzuweisung an Universitäten
- Kostenfreiheit für das Nachholen von Zugangsberechtigungen zum tertiären Bildungssektor im 2. Bildungsweg

### **Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle sichern**

Die Kassenfusion hat ein funktionierendes System zerschlagen. Mit gravierenden Auswirkungen auf Patient:innen und Beschäftigte. So gibt es zum Beispiel massiv längere Wartezeiten auf geplante Operationen. Multikrisen schlagen sich immer mehr auf die psychische Gesundheit. In allen Bereichen gibt es aber zu wenig Therapieangebote. Auch die Finanzierung des Gesundheitssystems wurde durch die Entdemokratisierung und Zentralisierung massiv gefährdet. Die Österreichische Gesundheitskasse schreibt seither Verluste. Ob und wie die Versicherten in Oberösterreich ihre eingebrachten Rücklagen von mehr als 500 Millionen Euro aus dem Jahr 2018 in tatsächlichen Leistungen wiedersehen, ist unklar.

Gesperrte Heimplätze, überlastete Beschäftigte und pflegende Angehörige: Auch in der Pflege gibt es viele Baustellen. Die gestartete Pflegereform kommt noch viel zu wenig bei den Betroffenen an.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- alle offenen Kassenarztstellen besetzen und Primärversorgungszentren massiv ausbauen
- Wartezeiten auf Arzttermine und Operationen reduzieren

- Arbeitsbedingungen aller Berufsgruppen im Gesundheits- und Sozialbereich verbessern
- massiver Ausbau der Gender-Medizin und jährlicher Gender-Bericht der Gesundheit Österreich GmbH, um Entwicklung und Defizite aufzeigen zu können
- Überprüfung und Reduktion von Selbsthalten in der Gesundheitsversorgung
- Die Rücklagen/Rückstellungen der OÖGKK aus dem Jahr 2018 müssen wie versprochen in Oberösterreich investiert werden.
- Die Arbeitnehmer:innen als Versicherte in der ÖGK müssen in deren Entscheidungsgremien wieder die klare Mehrheit bekommen.
- Rechtsanspruch auf professionelle Pflege für alle, die sie brauchen, über öffentliche Pflegeangebote (z.B.: mobile Dienste, Kurzzeitpflege)
- Verbesserungen beim Pflegegeld und der derzeitigen Begutachtungspraxis

### **Wir fordern tatsächliche Gleichstellung**

Frauen verdienen trotz ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung in Österreich 2022 um durchschnittlich 16,6 Prozent weniger als Männer. Das Schließen der Einkommensschere muss das Ziel sein. Die Frauenquote zeigt Wirkung: aktuell weisen quotenpflichtige Unternehmen in den Aufsichtsräten einen Frauenanteil von 36,5 Prozent auf. In nicht quotenpflichtigen börsennotierten Unternehmen beträgt dieser Anteil lediglich 20,3 Prozent. Dort wo es noch keine Quote gibt, beispielsweise auf Geschäftsführungsebene, sind kaum Frauen zu finden.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- Aufwertung von Frauenarbeit: Gleicher Lohn für gleich(wertig)e Arbeit und eine der gesellschaftlichen Bedeutung angemessene Bewertung bzw. Aufwertung von Arbeit, die typischerweise Frauen verrichten
- Einkommenstransparenz in den Betrieben und wirksame Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie

### **Diskriminierung wirkungsvoll unterbinden**

Seit 45 Jahren gibt es in Österreich das Gleichbehandlungsgesetz. Obwohl Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und weiterer Merkmale in allen Bereichen der Arbeitswelt verboten ist, sind besonders häufig Frauen von sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz betroffen. 2022 sagten 40 Prozent der beim Arbeitsklima Index



befragten Frauen, dass sie bereits Opfer von körperlichen Übergriffen bzw. sexueller Belästigung am Arbeitsplatz gewesen sind. Häufig werden Arbeitnehmer:innen auch als (potentielle) Eltern diskriminiert.

#### **Unsere Forderungen und Antworten**

- eine Ausweitung und Stärkung des Gleichbehandlungsrechtes und Umsetzung der ILO-Konvention gegen Gewalt am Arbeitsplatz im österreichischen Recht
- Ausbau der Präventionsarbeit gegen Gewalt am Arbeitsplatz in Betrieben
- Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Gleichbehandlungskommission und deren Einrichtung in allen Bundesländern, wodurch auch die Verfahrensdauer deutlich verkürzt würde.
- Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an gleichstellungsfördernde Maßnahmen

#### **FAIRteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit**

Die konservative und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Familien muss durch starke und moderne Familienpolitik aufgelöst:

#### **Unsere Forderungen und Antworten**

- Entbürokratisierung und Reform des Kinderbetreuungsgeldes in Richtung gleiche verpflichtende Anteile für Mütter und Väter sowie einen variablen Teil
- familienfreundliche Betriebe und Arbeitsbedingungen durch kürzere Vollzeit
- finanzielle Sicherstellung und vollzeittauglicher Ausbau der institutionellen Kinderbildung und -betreuung

#### **Sorgenfrei alt werden können!**

Das gesetzliche Pensionssystem in Österreich ist langfristig sicher und stabil, das belegen Berechnungen der EU-Kommission. Zudem finanzieren Arbeitnehmer:innen ihre Pension zu rund 85 Prozent selbst, während Selbstständige, sowie Bauern und Bäuerinnen viel höhere staatliche Zuschüsse bekommen.

Die Entscheidungspraxis über die Zuerkennung von Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen wird immer restriktiver. Die Zahl der Neuzugänge ist österreichweit seit 2010 um 57 Prozent gesunken. Die medizinischen Untersuchungen sind oft zu kurz, Ablehnungen oftmals unbegründet oder nicht nachvollziehbar.

### **Unsere Forderungen und Antworten:**

- verfassungsrechtliche Verankerung des gesetzlichen Pensionssystems mit einem klaren Bekenntnis zum Umlageverfahren sowie zur Ausfallhaftung des Bundes
- keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters
- höhere Bewertung von Kindererziehungs- und Pflegekarenzzeiten auf dem Pensionskonto auf die Höhe des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten. Anhebung der Ausgleichszulage auf existenzsichernde Höhe
- Abschaffung der aliquoten Pensionsanpassung
- Reparatur der Schutzklausel, rückwirkend ab 2023, um zu gewährleisten, dass die Gesamtgutschriften am Pensionskonto für alle Pensionen unmittelbar an die reale Teuerung angepasst werden.
- Anpassung der Schwerarbeitspension an die Arbeitsrealitäten. Als besonders belastende Berufstätigkeiten müssen auch Tätigkeiten der berufsbedingten Pflege und Betreuung von erkrankten, pflege- und betreuungsbedürftigen sowie behinderten Menschen gelten. Für alle Beschäftigungsgruppen die der Pflegedienstleitung unterstellt sind, muss die Schwerarbeitsregelung zur Anwendung kommen. Außerdem müssen psychische Belastungen in die Schwerarbeitsverordnung aufgenommen werden.
- Gewährung von Invaliditätspensionen unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktperspektive: Wenn der Arbeitsmarkt keine Perspektiven für diese Menschen bietet, muss eine unbefristete Pension zustehen.
- Zulassen von Begleitpersonen ohne bürokratische Hürden bei der Begutachtung für eine Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension

### **Künstliche Intelligenz braucht menschliche Kontrolle**

Durch die rasanten technischen Entwicklungen hat sich auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verändert, Stichwort: ChatGPT. Die neuen Möglichkeiten erfordern die Anpassung und den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Auch, weil die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer:innen davon stark betroffen sind. Technische und digitale Anwendungen sind zwar schon jetzt betriebsvereinbarungspflichtig, rasante technische Entwicklung erfordern aber rasche Adaptierungen. Um komplexe KI-Betriebsvereinbarungen erstellen zu können, ist ein enormes Pensum an personellen Ressourcen und fachlichem Know-How nötig, über das die betrieblichen Interessenvertretungen nicht verfügen.

Wichtig wären entsprechende Schutzvorschriften auch für Firmen ohne Betriebsrat, um Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten ausschließen zu können.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- Ausbau der Mitbestimmung von Betriebsrät:innen und die Schaffung eines verpflichtenden Betriebsvereinbarungstatbestandes für den Einsatz von digitalen und technischen Systemen, die künstliche Intelligenz einsetzen und nutzen
- das Recht für betriebliche Interessenvertretungen auf Beiziehung eines Sachverständigen bei Einführung und Einsatz von KI-Systemen. Die Kosten muss der Arbeitgeber tragen.
- die Möglichkeit für Betriebsrät:innen, an Schulungen durch Sachverständige auf Kosten des Arbeitgebers teilnehmen zu können

### **Stärkung der Konsumentenrechte**

Viele Unternehmen wie Telefonanbieter, Stromanbieter, Reise-Plattformen oder Fluglinien sind für Konsument:innen kaum mehr erreichbar. Kontaktformulare und Chatbots verunmöglichen die individuelle Kontaktaufnahme. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern verhindert, dass Unternehmen für rechtswidriges Verhalten einstehen müssen. Besondere Betroffenheit entsteht dort, wo Konsument:innen im Voraus bezahlt haben, z.B. bei Flügen. Wird der Flug dann von der Fluglinie abgesagt, müssen Konsument:innen ihr Geld zurück „erstreiten“ und bei Insolvenz (in der Vergangenheit z.B. Air Berlin, FlyNiki, Germania, Level) ist es Großteils verloren. Bei telefonischen Vertragsabschlüssen z.B. von Zeitschriftenabos, aber auch anderen Waren, stellen die professionellen Werber:innen oftmals die Vertragsdetails nicht in einer für Konsument:innen verständlichen Weise dar. Das Rücktrittsrecht vom Warenkauf reicht in diesen Fällen nicht aus.

### **Unsere Forderungen und Antworten**

- verpflichtende Kontaktmöglichkeiten für Konsument:innen, zumindest Mailadresse, Postadresse und Telefonnummer und Sicherstellung der tatsächliche Erreichbarkeit von Personen für individuelle Problemlösungen
- keine Vorauszahlung mehr bei Flügen, sondern Rückkehr zum Zug-um-Zug-Grundsatz, indem erst nach erfolgtem Transport bzw. frühestens bei Antritt des Flugs bezahlt werden muss, bzw. die Kreditkarte belastet wird

- Wirksamer Schutz vor telefonisch aufgedrängten Warenkäufen durch die Ausweitung der gesetzlich festgeschriebenen „Doppelbestätigung“, die für Dienstleistungen gilt, auf sämtliche Warenkäufe, die durch einen Anruf eines Unternehmers eingeleitet wurden